



Landesverteidigungsakademie
Wien

DER KOSOVO – DIALOG ODER WEITERE KONFLIKTVERSCHÄRFUNG?

Predrag Jureković

Der Ende Juli unternommene Versuch der kosovarischen Regierung, Zollbeamte in den serbisch dominierten Nord-Kosovo zu verlegen, hat zu einer Verschlechterung der Sicherheitslage in diesem Gebiet geführt. Die KFOR ist durch serbische Straßenblockaden hinsichtlich ihres Auftrags die Bewegungsfreiheit sicherzustellen, herausgefordert. Der fragile politische Dialog zwischen Belgrad und Priština ist ins Wanken geraten.

Kritische Sicherheitslage im Nord-Kosovo

In den hauptsächlich von Serben besiedelten Kommunen Nord-Mitrovica, Leposavić, Zubin Potok und Zvečan im Norden des Kosovo wird die Regierung in Prishtina/Priština nicht anerkannt. Es bestehen keine politischen Kontakte zu den Institutionen des Kosovo, dessen Parlament im Februar 2008 die staatliche Unabhängigkeit ausrief. Dadurch unterscheidet sich der serbisch dominierte Norden von den serbischen Enklaven südlich des Flusses Ibër/Ibar. In ihnen lebt die Mehrheit der 100.000-130.000 Kosovo-Serben. Ihre politischen Repräsentanten arbeiten – aus pragmatischen Gründen – mit den Kosovo-Behörden zusammen, ohne aber gleichzeitig damit die Unabhängigkeit des Kosovo anzuerkennen. Die aus Sicht der kosovarischen Behörden, der KFOR und der EU-Präsenz parallelen serbischen Institutionen im Nord-Kosovo gehören zu den größten Hinder-

nissen im politischen Dialog zwischen Belgrad und Priština, der im März dieses Jahres unter Vermittlung der EU begann. Anfang Juli führte der Dialog zu ersten Ergebnissen in Form eines Abkommens über die Reiseerleichterung und den Austausch von Dokumenten.

Ende Juli verschlechterte sich die Sicherheitslage im Nord-Kosovo signifikant und gefährdete den noch fragilen politischen Dialog zwischen Belgrad und Priština. Mitglieder der kosovarischen Sonderpolizei „Rosa“ versuchten die Kontrolle über zwei Grenzübergänge im Norden herzustellen. Es handelte sich um die Grenzübergänge Brnjak in der Region Zubin Potok und Jarinje in der Region Leposavić. Im KFOR-Jargon werden die beiden Grenzübergänge als „Gate Dog 31“ und „Gate 1“ bezeichnet. Bewaffnete Extremisten unter den Serben im Nord-Kosovo versuchten die Polizeieinheit daran zu hindern und töteten einen kosovarischen Polizisten. Die

IFK Monitor
Oktober 2011



lokale serbische Bevölkerung errichtete Blockaden auf den Verkehrswegen. Eine Gruppe ortsansässiger serbischer Jugendlicher zündete den Grenzübergang in Jarinje an und demolierte ihn. Gegen einen nahe liegenden KFOR-Stützpunkt wurden Molotow-Coctails geworfen.

KFOR vor serbischen Barrikaden

Die EULEX und insbesondere die KFOR unternahmen Vorkehrungen, die Sicherheitslage zu beruhigen. Eine der ersten Maßnahmen war die Sperrung der wichtigsten Brücke zwischen dem (serbischen) Nord- und dem (albanischen) Südteil von Mitrovica, um eine ethnische Eskalation zu verhindern. Die bei ruhiger Sicherheitslage etwa 5.900 Personen starke Friedenstruppe wurde vorübergehend um ihre Operational Reserve Force (bis zu 700) aufgestockt. Zwar gelang es der KFOR rasch die Kontrolle über die strittigen Grenzübergänge zu gewinnen. Lokale Serben im Nord-Kosovo errichteten aber entlang der Grenzübergänge und der wichtigsten Straßenverbindungen Barrikaden, die teilweise betonierte wurden. Sie bezweckten damit, die Verlegung kosovarischer Zöllner von Priština nach Brnjak und Jarinje zu verhindern. Die KFOR führte deshalb die Verlegung von EULEX-Mitarbeitern und kosovarischen Zöllnern zu den nördlichen Grenzübergängen mit Hubschraubern durch. Von serbischer Seite wurde die Friedenstruppe beschuldigt, nicht mehr „Status-neutral“ und außerhalb der UNOSR-Resolution 1244 (Juni 1999) zu agieren und das kosovarische State-building zu unterstützen. Obwohl die KFOR es lange vermied, gewaltsam gegen die serbischen Barrikaden vorzugehen, radikalisierte sich Ende September die Lage an den Straßensperren. Am 27. September schossen deutsche KFOR-Soldaten beim Grenzübergang Jarinje auf einen gewaltbereiten serbischen Demonstranten, der dabei verletzt wurde. Der Serbe hatte zuvor einem amerikanischen Soldaten sein Gewehr entrissen.

Vom Großteil der serbischen Medien wurde dieser Vorfall in Manier der nationalistischen Propaganda aus den 1990er Jahren verzerrt dargestellt. Sie berichteten über „Angriffe der

KFOR auf das unbewaffnete serbische Volk im Nord-Kosovo“. Auch der serbische Staatspräsident, Boris Tadić, und Mitglieder der serbischen Regierung kritisierten die KFOR wegen ihres „unverhältnismäßigen Vorgehens“. Nach dem Verstreichen von Fristen begannen österreichische und deutsche KFOR-Soldaten am 20. Oktober mit der Entfernung der Barrikaden im Nord-Kosovo. Dabei wurde auch Tränengas gegen serbische Demonstranten eingesetzt.

Diplomatische Aufschaukelung

Die Verschlechterung der Sicherheitslage im Nord-Kosovo hat dem noch sehr fragilen Dialog zwischen Belgrad und Priština großen Schaden zugefügt. Priština hat mit seiner Polizeiaktion demonstriert, dass es einer Teilung des Kosovo nicht zustimmen will. Eine solche Option wird in einigen strategischen Analysen und auch von einzelnen Politikern aus Belgrad als Endscenario für eine „Normalisierung“ des bilateralen Verhältnisses vorgeschlagen. Vor dem UN-Sicherheitsrat lieferten sich Ende August die Außenminister Serbiens und des Kosovo, Vuk Jeremić und Enver Hoxhaj, als Nachspiel zu den Vorfällen im Nord-Kosovo, einen heftigen Schlagabtausch: Der im Kontext von regionalen Problemen generell wenig diplomatisch agierende Jeremić warf „Separatisten“ im Kosovo vor, „einen heimtückischen Plan zur Störung des Friedens“ zu haben. Im Gegenzug beschuldigte Hoxhaj Belgrad, bewaffnete serbische Untergrundkämpfer im Kosovo zu unterstützen. Mit seiner Absicht, im Sicherheitsrat eine Verurteilung der Kosovo-Regierung wegen des Polizeieinsatzes im Nord-Kosovo zu erreichen, scheiterte Jeremić. Es fand sich dafür keine Mehrheit im Sicherheitsrat.

Neue Ängste bei den Serben südlich des Ibar

Die politischen Repräsentanten der Serben südlich des Ibar arrangierten sich nach der kosovarischen Unabhängigkeitserklärung größtenteils mit der Regierung in Priština. Mit der Umsetzung der von internationaler Seite Priština abverlangten Dezentralisierungsreform verbesserten

sich die Lebensumstände der serbischen Bevölkerung. Frustriert zeigt man sich über das mangelnde Interesse der serbischen Regierung. Sie scheint sich hauptsächlich um die Serben im Nord-Kosovo zu sorgen. Mit den Albanern teilen die Serben südlich des Ibar ökonomische Ängste und ihren Ärger über die schlechte Stromversorgung. Für den negativen Fall, dass die nationalistischen Spannungen im Norden des Kosovo sich verschärfen, befürchten die Serben südlich des Ibar Racheakte albanischer Extremisten.

Einflussnahme der EU

Die Europäische Union versucht mittels der Integrationsbestrebungen Serbiens auf den Konflikt positiv einzuwirken. Der Umstand, dass fünf EU-Staaten (Griechenland, Rumänien, Slowakei, Spanien und Zypern) bisher die staatliche Unabhängigkeit Kosovos nicht anerkannt haben, erschwert zwar eine gemeinsame Außenpolitik in der Kosovo-Frage. Zwischen allen EU-Staaten besteht aber mittlerweile ein Konsens darüber, mit Serbien nur dann in Beitrittsverhandlungen einzutreten, wenn Belgrad den Dialog mit Priština fortsetzt und beruhigend auf die Serben im Nord-Kosovo einwirkt. Auf dieser Bedingung bestand auch die EU-Kommission in ihrer positiven Stellungnahme zum Kandidatenstatus Serbiens Mitte Oktober. Noch deutlicher wird diese Konditionalität von einflussreichen EU-Mitgliedsländern gegenüber Serbien vertreten. Bei einem Ende August stattgefundenen Staatsbesuch der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel in Serbien, forderte sie von Tadić die Auflösung der serbischen „Parallelstrukturen“ im Nord-Kosovo. Tadić wiederum zeigte sich darüber verärgert, dass die Kanzlerin den Status der Serben im Nord-Kosovo mit der Frage des EU-Beitritts verknüpfte. Offiziell unterstützt Belgrad die Haltung der Serben im Nord-Kosovo, sich nicht gegen ihren Willen in den Kosovo-Staat integrieren zu lassen. Informell geben serbische Repräsentanten aber zu, dass kriminelle Einzelpersonen, die in zahlreiche Schmuggel-Aktivitäten involviert sind, zumindest teilweise als Drahtzieher hinter den Barrikaden-Aktivitäten im Nord-Kosovo stehen.

Einige serbische NGOs wie auch politische Querdenker, darunter auch der ehemalige serbisch-montenegrinische Außenminister Vuk Drašković, warnen indessen davor, dass Tadić mit seiner Politik „sowohl EU als auch Kosovo“ die serbischen EU-Chancen verspielen könnte. Aus ihrer Sicht sollte sich die serbische Regierung mit der Realität abfinden, dass Kosovo nicht mehr Teil des eigenen Staatsgebietes sein wird, gutnachbarschaftliche Beziehungen zur ehemaligen Provinz aufbauen und sich ansonsten vor allem auf die EU-Beitrittsverhandlungen konzentrieren. Solche „realistischen“ Stimmen stellen aber in Bezug auf die Kosovo-Frage noch immer eine Minderheit in Serbien dar.

Perspektiven für den Dialog

Der vom EU-Vermittler Robert Cooper geleitete Dialog zwischen serbischen und kosovarischen Regierungsvertretern wurde Anfang September in Brüssel fortgesetzt – ungeachtet der krisenhaften Entwicklung im Nord-Kosovo. Die Vorsitzende der kosovarischen Delegation, Edita Tahiri, und der serbische Verhandler Borislav Štefanović unterzeichneten ein Abkommen über die Anerkennung kosovarischer Zollstempel. Dadurch könnte es zumindest an den Grenzübergängen außerhalb des Nord-Kosovo mittelfristig zu kontrollierbaren Handelsbeziehungen zwischen Serbien und Kosovo kommen. NGO's aus Priština und Belgrad kritisieren jedoch die Intransparenz des Dialogs und die ihrer Meinung nach schlechte Vorbereitung durch den EU-Vermittler. Der Dialog wäre insofern „virtuell“ als er aktuelle politische Probleme (z.B. Nord-Kosovo) ausklammere. Ohne eine Entschärfung der Problematik im Nord-Kosovo sind die Erfolgsaussichten für die Implementierung technischer Abkommen zwischen den beiden noch immer Konfliktparteien gering. Dies betrifft auch die geplanten neuen Verhandlungsrunden über Energie- und Telekommunikationsfragen sowie die ungehinderte Mitwirkung Kosovos in regionalen Kooperationsforen.

Wie eine solche Kompromisslösung für den

Amtliche Publikation der Republik Österreich
Bundesminister für Landesverteidigung und Sport

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:
Republik Österreich/
Bundesminister für Landesverteidigung und Sport, BMLVS,
Roßauer Lände 1,
1090 Wien

Redaktion:
BMLVS, Landesverteidigungsakademie Wien,
Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement
Stiftgasse 2a, 1070 Wien
+43 (0) 50201 10 28700
lvak.ifk@bmlvs.gv.at

Redakteur:
Predrag Jureković

Erscheinungsjahr:
2011

Druck:
HDdruckZ-AST Stift
xxxx/11
BMLVS/ReproZ Wien

Nord-Kosovo aussehen kann, ist derzeit allen beteiligten Seiten noch völlig unklar. Eine von westlichen Botschaftern in Priština kolportierte Idee ist ein politischer Sonderstatus für den Nord-Kosovo á la Republika Srpska in Bosnien und Herzegowina. Gegen eine solche Lösung spricht sich derzeit vehement die kosovarische Regierung aus. NGOs schlagen stattdessen ein von Belgrad, Priština und Brüssel gemeinsam zu beschließendes ökonomisches Hilfspaket vor, um den starken Nationalismus in diesem Gebiet zu entschärfen. Die derzeit fehlenden EU-„Incentives“ gegenüber dem Kosovo wirken sich sicherlich negativ auf die Kompromissbereitschaft seiner Regierung aus und begünstigen provokative Aktionen wie die Verlegung albanischer Zöllner in den Hot Spot Nord-Kosovo. Für Zugeständnisse der kosovarischen Regierung in der Nordkosovo-Frage wird die EU Priština mehr anbieten müssen als nur einen Dialog über die Roadmap für eine eventuelle Visaliberalisierung. Wegen der ablehnenden Haltung jener EU-Staaten, die den Kosovo nicht anerkannt haben, unterhält der Kosovo – als einziges Westbalkanland – noch immer keine vertraglichen Beziehungen zur EU.

Empfehlungen

- Zum Zwecke der Vermeidung neuer gewaltsamer Krisen sollten nationalistische Rhetorik sowie provokative Aktionen sowohl von Seiten Belgrads als auch Prištinas vermieden werden. Die EU sollte diesbezüglich ihren politischen Einfluss auf beide Seiten benutzen.
- Wie die Krise im Nord-Kosovo gezeigt hat, ist die KFOR in Notsituationen auch weiterhin ein unverzichtbarer Faktor, um eine gewaltsame Eskalation zu verhindern. Planungen zur Reduktion der Truppenstärke sollten mögliche Negativszenarien auch weiterhin berücksichtigen.
- Der technische Dialog zwischen Belgrad und Priština ist ein wichtiges Ventil für eine langsame Normalisierung der bilateralen Beziehungen und sollte auf jeden Fall fortgesetzt werden. Die Überprüfung der Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen durch

die EU ist aber unbedingt notwendig.

- Bisher wurde der Dialog zwar von der EU positiv kommentiert, jedoch nicht von der serbischen und kosovarischen Regierung im innerstaatlichen Gebrauch. Beide Seiten sollten angehalten werden, sich innerstaatlich für eine positivere Wahrnehmung des Dialogs einzusetzen.
- Eine wirkliche „Normalisierung“ der Beziehungen zw. Belgrad und Priština ist nur möglich, wenn die Nordkosovo-Frage entschärft und allgemein ein kooperatives Verhältnis zw. Belgrad und Priština in Fragen des Schutzes der serbischen Minderheit erreicht wird.
- Ein spezieller Status für den Nord-Kosovo darf nicht zur formalen Teilung führen, denn ein solches Szenario gefährdet die territoriale Integrität von Bosnien und Herzegowina und Mazedonien sowie letztlich von Serbien selbst. Außerdem würde es die Serben südlich des Ibar in eine gefährliche Ghetto-Situation bringen, mit der erhöhten Gefahr neuer gewaltsamer Übergriffe von Seiten albanischer Extremisten. Eine Beruhigung der Lage im Nord-Kosovo setzt folgende Bedingungen voraus:
- Eine Lösung, die gemeinsam von Belgrad, Priština und Brüssel erarbeitet wird (realpolitisch wahrscheinlich unter Hinzuziehung der USA).
- Im Vordergrund steht nicht der ethnisch-territoriale Aspekt, sondern ein ökonomisches Hilfsprogramm für den Nord-Kosovo.
- Leitfiguren der organisierten Kriminalität im Nord-Kosovo, die aus kriminellem Eigeninteresse eine konstruktive Lösung obstruieren wollen, werden durch koordinierte Aktionen der serbischen und kosovarischen Polizei sowie der EULEX aus dem Verkehr gezogen.
- Kompromisse Prištinas in der Nord-Kosovo-Frage setzen eine aktivere europäische Integrationsstrategie gegenüber dem Kosovo voraus. Innerhalb der EU sollte eine Strategie ausgearbeitet werden, was man dem Kosovo – trotz einer nicht-homogenen Anerkennungs politik – an „Incentives“ anbieten kann.